

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung „Abschluß der Vereinbarungen über Technologieaustausch und Forschungsbeteiligung bei SDI mit den USA“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bedauert die Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung über eine Beteiligung der deutschen Industrie am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm. Er mißbilligt die Art des Vorgehens der Bundesregierung, die weder den Interessen der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropas noch dem weltweiten Interesse an Entspannung und Abrüstung gerecht wird.

Bonn, den 16. April 1986

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung war sich bei der Unterzeichnung der Vereinbarungen über eine deutsche Industriebeteiligung am amerikanischen „Krieg der Sterne“-Programm offensichtlich nicht der großen politischen Bedeutung dieser Vereinbarungen bewußt. Sie hat es unterlassen, den Deutschen Bundestag vorab ausführlich über ihre Absichten und die geplanten Vereinbarungen zu unterrichten.

Die Frage einer deutschen Beteiligung am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm berührt nachhaltig Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Verwirklichung von SDI würde die vereinbarte Strategie der NATO grundlegend ändern, die Ost-West-Beziehungen nachhaltig negativ beeinflussen, dem ABM-Vertrag zuwiderlaufen und damit die Aussichten auf konkrete Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen für lange Zeit zunichte machen. Die jetzt unterschriebenen Vereinbarungen unterwerfen die deutsche Industrie, die sich am SDI-Projekt beteiligt, den verschärften amerikanischen Bestimmungen über Geheimhaltung, Export und Technologietransfer. Sie schränken die zivile Nutzung wichtiger

Bereiche der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung ein.

Die Bundesregierung hat billigend in Kauf genommen, daß die geheimen Vereinbarungen als politische Unterstützung eines selbst in den USA höchst umstrittenen Projekts interpretiert werden. Sie stärkt auf diese Weise die Position derjenigen in der amerikanischen Administration, die durch SDI-Forschung die Weichen für neue Rüstungen stellen wollen. Damit übernimmt die Bundesregierung für SDI politische Mitverantwortung.

Die deutsche Industrie kann durch derartige Abkommen nicht mehr erreichen, als sie auch ohne Abkommen aufgrund ihrer internationalen Wettbewerbssituation erreichen könnte.